

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Krzysztof Walczak,
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

**Betr.: In Hamburg einen würdigen Gedenkort für die Widerstandskämpfer des
20. Juli 1944 schaffen**

Am 20. Juli 2022 jährt sich das Attentat um den Kreis der Widerständler auf Hitler am 20. Juli 1944 zum 78. Male, in zwei Jahren werden wir den 80. Jahrestag begehen. Diese Generalstäbler um den Oberstleutnant i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg waren zu dem Entschluss gekommen, das Regime Hitlers zu beseitigen und so den militärischen wie auch moralischen Untergang Deutschlands durch einen alles entscheidenden Schlag gegen die Führungsspitze des Dritten Reiches abzuwenden.

Mit einem Sprengstoffanschlag sollte Hitler in seinem Führerhauptquartier, der sogenannten Wolfsschanze, weit weg von Berlin, beseitigt werden, anschließend sollte mit dem „Unternehmen Walküre“ im gesamten Reich ein Staatsstreich eingeleitet und der Krieg beendet werden. Auch bürgerlich-zivile Vertreter, wie beispielsweise Carl Friedrich Goerdeler, Julius Leber oder Hans Bernd Gisevius beteiligten sich, trotz unterschiedlicher politischer Ansichten, an diesem Widerstand. Wie wir heute wissen, schlug dieser Plan fehl. Stauffenberg und seine Mitverschwörer wurden festgenommen und nach demütigenden Prozessen vor dem sogenannten Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

Die Erinnerung an diejenigen jedoch, die am 20. Juli 1944 aus einem Gefühl der Verantwortung für Deutschland heraus handelten, ließ sich nicht auslöschen. Dieser Widerstand kam aus den Kreisen der alten Eliten, maßgeblich aus dem preußisch-deutschen Offizierkorps und seinen Wertvorstellungen.

Es geht darum, neben anderen Gruppierungen des Widerstands auch diesen Widerstand in angemessener Art und Weise zu würdigen. Im Mittelpunkt soll gerade auch die ethische Grundlage des Handelns der Gruppe stehen. Als Generalstäbler und Offizier sah sich Stauffenberg auch für den Staat mitverantwortlich und entzog sich dieser Verantwortung nicht.

Hierfür benötigt es in der Freien und Hansestadt Hamburg, welche bereits über eine Stauffenbergstraße, aber noch nicht über ein entsprechendes Denkmal verfügt, einen angemessenen Gedenkort.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. am Ende der Stauffenbergstraße, vor der Führungsakademie der Bundeswehr, einen Platz für ein Denkmal für die Widerstandskämpfer des 20. Juli bereitzustellen und
2. einen entsprechenden Wettbewerb für die Denkmalsgestaltung zu organisieren, welcher des Widerstands der Verschwörer des 20. Juli, insbesondere des Grafen Stauffenberg, in würdiger Form gedenkt;

3. falls das unter 1. Genannte dort nicht möglich sein sollte, als Alternativstandort in der Nähe der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr einen vergleichbar geeigneten Platz zur Verfügung zu stellen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2022 zu berichten.